



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

noch 13 Monate bleiben bis zur nächsten LTW am 17. April 2016. Genügend Zeit, um die Voraussetzungen für die Fortsetzung der dann 25 Jahre währenden, sozialdemokratischen Regierungsverantwortung zu festigen. Unser Land hat in diesen mehr als zwei Jahrzehnten im Vergleich zu den anderen Bundesländern einen großen Sprung nach vorne gemacht: Auf fast allen Feldern der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsdaten liegen wir von den 16 Bundesländern unter den ersten drei, mit Bayern und Baden-Württemberg. Bei der Anzahl der Beschäftigten, beim Wachstum des Bruttosozialprodukts und bei der Exportquote.

Aus dem Land der „Reben und Rüben“ (1991) ist ein wirtschaftsstarkes Land mit Zukunft geworden. Rheinland-Pfalz bietet das dichteste Angebot an Ganztagschulen und die meisten Kita-Plätze für alle nicht schulpflichtigen Kinder. Wir garantieren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und unsere Bildungsangebote sind von der Kindertagesstätte bis zur Universität gebührenfrei. Die CDU möchte das abschaffen. Für Familien mit kleinem und mittlerem Einkommen ein erheblicher Einschnitt in ihre Lebenssituation.

Gebietsreform

Bei der Gebietsreform sind wir kleine, aber unverzichtbare



Schritte gegangen. Im Interesse der Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinden und damit der Menschen, die dort ihr Zuhause haben: Gemeinden brauchen eine Mindestzahl an Einwohnerinnen und Einwohnern, an Wirtschafts- und Steuerkraft, um die Kosten einer Verwaltung „rechenbar“ zu machen. Die Wahlergebnisse der Kommunalwahlen im letzten Jahr haben gezeigt, dass die Wählerinnen und Wähler diesen Weg mitgehen. Und deshalb werden die noch ausstehenden Fusionen von Gemeinden konsequent und entlang der vom Landtag beschlossenen Kriterien fortgesetzt.

Finanzen

Bei der Finanzausstattung der Kommunen sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Im kreisangehörigen Bereich gibt es nur noch relativ wenige unausgeglichene Haushalte. Sorgen bereiten uns einige Kreis-

und vor allem Haushalte der großen Städte. Hier sollte zügig nachgebessert werden, schon um die Chancengleichheit zwischen dem kreisangehörigen Bereich und den Städten zu gewährleisten.

Hoffnung aus Hamburg

Mit seinem großartigen Wahlsieg hat Olaf Scholz bewiesen, daß Wählerinnen und Wähler nicht auf schrille Töne und immer und immer wieder neue, unbezahlbare Wahlversprechen setzen. Die breite Zustimmung der Hamburger Wählerschaft zu Olaf Scholz und zur SPD ist seiner Zuverlässigkeit und seinem Worthalten geschuldet.

Heimatlose

Und dabei spielt auch unser Verhalten gegenüber Menschen eine Rolle, die aus existenzieller Not und Verfolgung ihre Heimat verlassen und uns um Aufnahme bitten. Wir heißen sie ohne Vorbehalt bei uns willkommen. Sie sind ein Gewinn für unsere Gesellschaft (und im Übrigen auch für die Wirtschaft, die händeringend nach Arbeitskräften sucht).

Gerade jetzt bewährt sich das flächendeckend engagierte Ehrenamt in all unseren Gemeinden. Dort finden Flüchtlinge oft ihre erste Anlaufstelle für die Überwindung bürokratischer Hürden, die Integration in die örtliche Gemeinschaft und die sprachliche Verständigung mit

Inhalt

- Wer bestellt, bezahlt, Teil 2
- Der „Neue“ im Interview
- Nationalpark vom Landtag beschlossen
- Klaus Weichel wieder gewählt

ihren neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Und diese gute Entwicklung in eine welt-offene und kulturell vielfältige Gesellschaft dürfen wir uns nicht durch fremdenfeindliche und meist am rechten Rand „Fischende“ kaputt reden lassen!

Kommunalpolitik

Ohne Kommunen ist kein Staat zu machen. Ohne die Entscheidungen unserer Gemeinderäte und das Handeln unserer Kommunalverwaltungen bleiben Gesetze des Bundes und der Länder „Schall und Rauch“. Es liegt also an uns, den in der Kommunalpolitik aktiv Engagierten, dem gesetzgebenden Willen ein „Gesicht“, nach Möglichkeit ein sozialdemokratisches, zu geben.

Wir sind die Visitenkarte der sozialdemokratischen Bundes- und Landespolitik vor Ort. Wenn wir für unsere Mit-

bürgerinnen und Mitbürger in der Gemeinde und in der Stadt glaubwürdig, zuverlässig und hilfsbereit, mit einem Wort sympathisch, sind, wird dies bei ihrer Entscheidung für die Kandidatinnen und Kandidaten zur LTW eine gewichtige Rolle spielen.

Wir haben Malu Dreyer!

Mit Malu Dreyer haben wir die Spitzenkandidatin und Ministerpräsidentin, die das Vertrauen und die Sympathie der Wähler hat. In allen Umfragen schlägt sie die Konkurrenz um Meilen. Ihr Markenzeichen sind Zuverlässigkeit, Glaubwürdigkeit und Freundlichkeit. Sich daran zu orientieren, nutzt nicht nur der SPD im Land. Es wird uns auch in den Kommunen voran bringen.

Das wünsche ich Euch und uns allen,

Euer Michael Reitzel

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion:

Barbara Behrends
Telefon: (06131) 22 64 60
Hans Jürgen Noss, V.i.S.d.P.

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Litho: metagate Berlin, Litfaß-Platz 1,
10178 Berlin, Tel. (030) 283 06-200

Druck: Braunschweig-Druck GmbH,
Ernst-Böhme-Str. 20, 38112 Braunschweig

Wer bestellt, bezahlt

Reform des Länderfinanzausgleichs 2019 – ein kommunales Thema, Teil 2

Autor Andreas Wagenführer

Vorschläge zur Reform dieser Finanzbeziehungen gibt es reichlich. Sie reichen von der Umgestaltung des Solidaritätszuschlags zu einem Altschulden-Tilgungs-Fonds oder zu einem Infrastrukturfonds. Nach einem anderen Vorschlag soll der Solidaritätszuschlag in die Einkommensteuer integriert werden, worin Kritiker eine Steuererhöhung und damit Teufelszeug sehen. Garniert werden die Vorschläge zudem mit weiteren Ideen, etwa einem Zuschlags- und Abschlagsrecht der Länder zum Einkommensteuertarif in Höhe von drei Prozentpunkten oder zum Aufbau einer Bundessteuerverwaltung anstelle der Finanzämter der Länder.

Klar ist aber: Angesichts der finanziellen Lage der meisten Länder und vieler Kommunen oder auch angesichts der mancherorts in die Jahre gekommenen Infrastruktur kann die öffentliche Hand auf Einnahmen nicht verzichten.

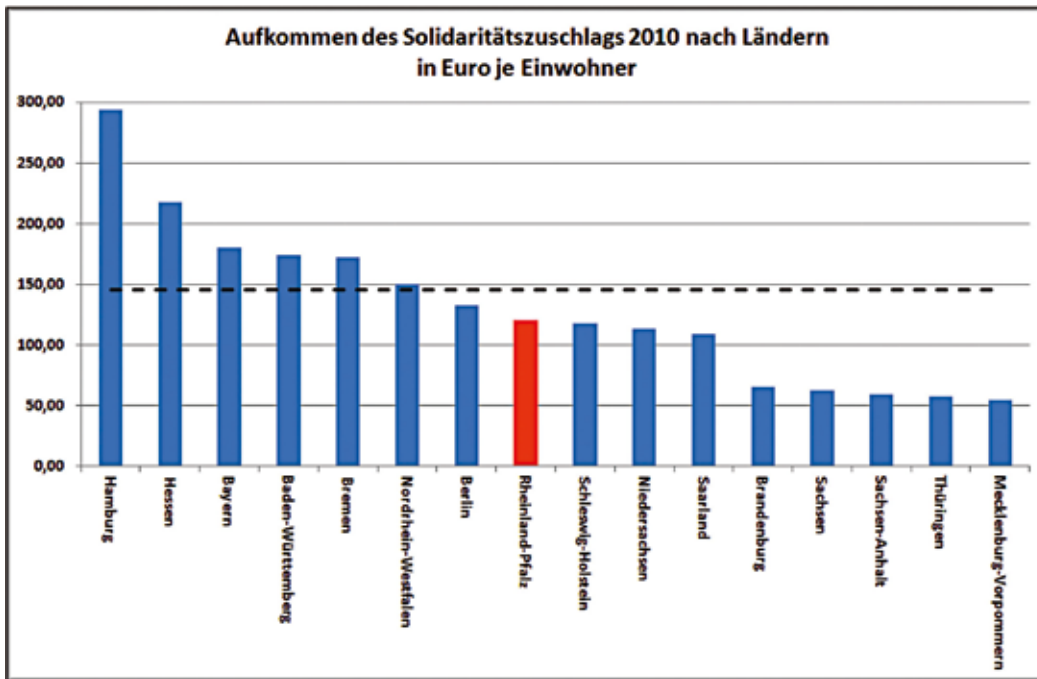
Wie komplex die Diskussion verläuft, machen wenige Beispiele deutlich. Der bayerische Ministerpräsident Seehofer hat auf dem CSU-Parteitag am 12. und 13. Dezember 2014 in Nürnberg gefordert, dass Bayern im Bund-Länder-Finanzausgleich „vorzeigbar“ entlastet werden muss. Er wolle sonst ein Veto einlegen. „Bevor wir einen schlechten Abschluss machen, machen wir lieber keinen.“ Des-

halb verlangt Bayern eine deutliche Reduzierung der Zahlungen. Es könne nicht sein, dass der Freistaat dauerhaft mehr als fünf Milliarden Euro in den Länderfinanzausgleich zahle. Ziel sei eine Reduzierung der Zahlungen um mindestens eine Milliarde, das wären 20 Prozent. Auch der hessische Ministerpräsident Bouffier wünscht eine Entlastung. „Es kann nicht sein, dass drei Länder zahlen und die restlichen bekommen“, sagte Bouffier. Er forderte Bund und Länder zudem zu einer Einigung auf eine Reform ihrer Finanzbeziehungen nach 2019 bis spätestens Ostern 2015 auf. Der bayerische SPD-Fraktionschef Rinderspacher hält die von Ministerpräsident Seehofer angestrebte Reduzierung der bayerischen Zahlungen für den Länderfinanzausgleich um lediglich 20 Prozent sogar für unzureichend. Eine Reduzierung um eine Milliarde reiche der SPD-Fraktion bei weitem nicht aus. Vor einem halben Jahr hatte Bayerns Finanzminister Söder (CSU) noch gefordert, die Belastung müsse halbiert werden, andernfalls werde man nicht zustimmen. Auch die SPD in Hessen und Baden-Württemberg haben gemeinsam mit der SPD Bayern mehrfach Korrekturbedarf an den jetzigen Regelungen des Länderfinanzausgleichs angemahnt und in Parlamentsanträgen zum Ausdruck gebracht. Sie streben eine umgehende Überarbeitung der bisherigen Re-

gelungen an mit dem Ziel, den Ausgleich zwischen Geber- und Nehmerländern neu zu justieren und dabei die Ausgleichszahlungen von Bayern, Hessen und Baden-Württemberg zu begrenzen. Beobachter schildern den bisherigen Verhandlungsverlauf als unübersichtlich und chaotisch. Es gebe einerseits große Reformpläne, andererseits keine erkennbaren Fortschritte in den Verhandlungen. Es gehe kreuz und quer durcheinander, und es werde „viel in die Luft geschossen“. Freude am lauten Knallen hatte sicherlich auch der Chefhahälter der Unionsfraktion im Bundestag, Norbert Barthle (CDU), als er in einem Zeitungsinterview feststellte: „Die Länder brauchen nicht mehr Geld als bisher.“

Finanzreform

Bund und Länder verhandeln seit gut einem halben Jahr über die Neuordnung der Bund-Länder-Finanz. Eigentlich sollte die Finanzreform schon bis Mitte Dezember letzten Jahres stehen. Doch Bund und Länder wurden sich in kaum einem Punkt einig. Nun wird eine Einigung bis Mitte Juni 2015 angestrebt. Einig seien sich Bund und Länder, das Aufkommen des Solidaritätszuschlags zu erhalten und einzusetzen. Ob dieser Zeitplan eingehalten werden kann, bleibt abzuwarten. Für ihn spricht jedoch die von den Ländern eingeforderte Planungssicherheit auf ihren Wegen zum



soll, dann hätte dies zunächst in der vertikalen Sicht zwischen Bund und Ländern den Vorteil, dass das Aufkommen zu 42,5 v. H. auf den Bund, zu ebenfalls 42,5 v. H. auf die Länder und zu 15 v. H. auf die Gemeinden aufgeteilt würde. Am Aufkommen des Landes Rheinland-Pfalz wären die rheinland-pfälzischen Kommunen überdies mit 21 v. H. im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs beteiligt (21 v. H. von 42,5 v. H. = 8,925 Prozentpunkte). Das hört sich zunächst gut an, aber: Das Pro-Kopf-Aufkommen würde in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg um einen größeren Betrag als in den anderen Ländern steigen. Die Disparitäten würden zuneh-

Einhalten der Schuldenbremse. Die Länder müssen jetzt wissen, welche Beträge sie bis zum Jahr 2020 jährlich noch zu konsolidieren haben. Bund und Länder hatten sich ebenfalls schon darauf geeinigt, den Solidaritätszuschlag in die Einkommensteuer zu integrieren. Dann würden die Länder 42,5 Prozent und die Gemeinden 15 Prozent der Einnahmen bekommen, die bislang ausschließlich dem Bund zustehen. Doch weil Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) fürchtet, die Soli-Integration könnte von den Bürgern als Steuererhöhung verstanden werden, musste Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) den Plan vorerst fallen lassen.

2017 folgen dann die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein sowie dem Saarland und vor allem auch die Bundestagswahl. Im Jahr 2018 schließlich werden die Landtage in Niedersachsen, Hessen und Bayern gewählt.

Neue Finanzbeziehungen

Die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern muss nach Ansicht von Hessens CDU-Regierungschef bis spätestens Sommer 2015 stehen. 2016 werde sich wegen der Landtagswahlen nichts mehr tun. Jeder müsse sich bewegen. Was dieser Appell wert ist und wie groß die Beweglichkeit etwa von Hessen ist, wird sich weisen, denn wenn die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich verringert werden sollen – wie von Bayern und Hessen gefordert – müssen folglich auch die Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich verringert werden. Dieser Automatismus lässt sich nur umgehen, wenn über den Länderfinanzausgleich hinaus bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen weitere Zahlungsströme mit geregelt werden.

Wenn beispielsweise der Solidaritätszuschlag in die Einkommensteuer einbezogen werden

Anzeige

DORNBACH GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Niederlassung Mainz
Fort Malakoff
Rheinstraße 4N
55116 Mainz

Telefon +49 (0) 61 31 2 04 78-16
Telefax +49 (0) 61 31 2 04 78-48
info@dornbach-mainz.de

DORNBACH

IHR PARTNER FÜR KOMMUNALBERATUNG

Besuchen Sie uns im Internet
www.dornbach.de

men. Dies hätte zur Folge, dass die Zahlungsverpflichtungen dieser Länder im Länderfinanzausgleich ebenfalls zunehmen würden. Es würde genau das Gegenteil von dem erreicht, was Hessen, Bayern und Baden-Württemberg wollen, obwohl dort nach Abzug der höheren Zahlungen in den Länderfinanzausgleich noch Geld übrig bleibt (siehe Tabelle Seite III).

Wird das Aufkommen des Solidaritätszuschlags nicht in die Einkommensteuer einbezogen, könnte es auch genutzt werden, um Entlastungen bei den Sozialausgaben zu finanzieren. Hier ist die Eingliederungshilfe nicht nur der größte Ausgabenblock, sie ist – neben der Hilfe zur Pflege – auch für die Unterschiede zwischen den Ländern und zwischen den Kommunen verantwortlich. Aber: Die Ausgaben je Einwohner sind in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen vergleichsweise niedrig. Deshalb würde auch eine ausgabenbezogene Entlastung die Hessen, Bayern und Baden-Württemberg und

ihre Kommunen im Vergleich zu den anderen Ländern relativ gering entlasten.

Die Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie des Länderfinanzausgleichs gestalten sich auch vor diesem Hintergrund äußerst schwierig. Sie müssen dennoch spätestens bis zum 1. Januar 2020 abgeschlossen sein und in Kraft treten können. Bis dahin sind noch einige parteitaktische Manöver zu erwarten.

Gleiche Verhältnisse

Hilfreich wäre es, wenn zunächst der Bund – endlich – einen großen Teil der Sozialausgaben übernehmen würde, so wie von Eichel/Fink/Tiemann vorgeschlagen. Dann würden automatisch auch die Unterschiede zwischen den Ländern und damit zwischen den Kommunen verringert. Auf diese Weise könnte ein erster Schritt zu gleichwertigeren Lebensverhältnissen im Bundesgebiet getan werden. Allerdings hat dieser Vorschlag aus Sicht der rheinland-pfälzischen Kommu-

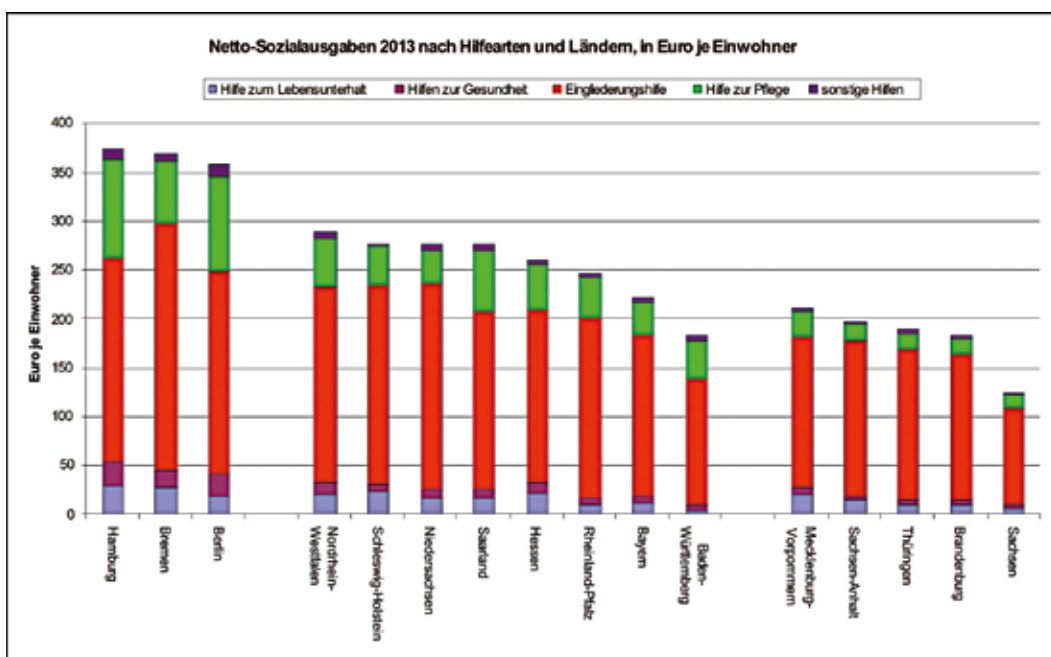
nen einen „Pferdefuß“: Nach dem Schäuble-Scholz-Papier soll eine Entlastung nicht über die Eingliederungshilfe, sondern stattdessen über eine Übernahme der Kosten der Unterkunft von Langzeitarbeitslosen und Grundsicherungsempfängern geschehen. So könnte der Bund ab dem Jahr 2018 zunächst fünf Milliarden Euro pro Jahr übernehmen und ab dem Jahr 2020 dann die gesamten Kosten. Aufgrund der niedrigen Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz wäre die Entlastung der rheinland-pfälzischen Kommunen etwa im Vergleich zu einer Entlastung nach der Einwohnerzahl jedoch besonders gering, d. h. von den fünf Milliarden Euro bundesweit kämen „nur“ 150 bis 160 Millionen Euro in Rheinland-Pfalz an – anstelle von ca. 240 Millionen Euro bei einer Verteilung nach der Einwohnerzahl.

Selbstverständlich braucht der Bund für die Übernahme und Finanzierung von Sozialausgaben einen höheren Anteil an den Steuereinnahmen. Das sei ihm zugestanden, wobei angesichts

der gefeierten „schwarzen Null“ im Bundeshauhalt und den bei zahlreichen Ländern und Kommunen nach wie vor vorhandenen Defiziten noch darüber zu verhandeln sein wird, ob ein voller Ausgleich sachgerecht und erforderlich ist. Steigt der Anteil des Bundes an den Steuereinnahmen, muss der Anteil der Länder an den Steuereinnahmen zwangsläufig abnehmen. Es wäre sinnvoll, wenn die Ländern jene Steuern „opfern“ würden, die große Unterschiede im Aufkommen zwischen den Ländern verursachen. Eine gleichmäßigere Verteilung der Steuereinnahmen auf die Länder hätte zur Folge, dass die Notwendigkeit von Ausgleichszahlungen zwischen den Ländern im Länderfinanzausgleich abnimmt.

Vor diesem Hintergrund ist es nur zu begrüßen, wenn der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel fordert, der Bund soll künftig die Unterbringung von Flüchtlingen finanzieren. Das würde nicht nur die Kommunen entlasten, sondern einen Schritt in Richtung der Wiederherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet bedeuten.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die weiteren Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zeitlich und vor allem inhaltlich entwickeln. Die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und des Länderfinanzausgleichs haben ebenso wie das im Koalitionsvertrag auf Bundesebene angekündigte Bundesteilhabegesetz einen engen Bezug zur kommunalen Finanzausstattung. Diese Themen werden die Kommunen – wenn es schlecht läuft – wohl bis zum Jahr 2019 begleiten.



Neuer Chef der Fraktion: Alexander Schweitzer

So gerne Schweitzer Minister war, die Aufgabe als SPD-Fraktionschef macht ihm viel Spaß und die Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner sowieso

Das Interview führte Mirko Bahm

Lieber Alexander, Du bist seit November 2014 Fraktionsvorsitzender der SPD im Landtag Rheinland-Pfalz.

Wie hast Du die ersten Monate erlebt?

Die ersten Tage standen sehr unter dem Eindruck der Veränderung. Auch wenn das Abgeordnetenhaus als mein neuer Dienstort direkt gegenüber dem Sozialministerium liegt, so ist es doch mehr als

nur mal eben die Straßenseite zu wechseln. Ich habe meine Aufgaben als Minister ebenso gerne wahrgenommen, wie ich das jetzt als Vorsitzender der Fraktion tue. Was die politische und inhaltliche Arbeit betrifft: Es gab eigentlich keine Eingewöhnungsphase. Es ging gleich in die Vollen.

Dein erster Auftritt war eine Landtagsrede anlässlich

der Kabinettsumbildung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Für Aufsehen hat gesorgt, dass Du die Opposition nicht geschont hast.

Mir war wichtig, dass wir uns von der CDU nicht das Land und die Leistungen der vergangenen zwei Jahrzehnte unter SPD-geführten Landesregierungen kaputt reden lassen. Wir Sozialdemokratinnen und

Sozialdemokraten brauchen uns ausgerechnet von dieser CDU nicht moralisch belehren zu lassen. Wenn man so agiert wie die CDU, dann muss man sich der Debatte auch mal stellen und als Opposition in die Pflicht nehmen lassen. Nichts anderes habe ich getan.

Welches Thema steht für Dich in den kommenden Monaten ganz oben auf der

Anzeige

MACH'S MIT GENOSSEN

Wir sind eine Tochter des Berliner vorwärts Verlags. Unser Spezialgebiet ist die politische Kommunikation.

Wir konzipieren und realisieren **Kampagnen, Printmedien, Onlineprojekte** und machen **Mobile Kommunikation** möglich.

Unser Prinzip heißt Maßanzug: Wir entwerfen gemeinsam mit unseren Kunden einen perfekt sitzenden Medienmix. Weil nur zielgenaue Kommunikation ankommt.

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!



Alexander Schweitzer Foto: SPD-Fraktion

politischen Agenda?

Momentan bewegt uns alle das Thema Flüchtlinge. Sigmar Gabriel hat den Vorschlag gemacht, dass der Bund künftig für die Kosten der Flüchtlingsunterbringung aufkommen soll. Dies halte ich für einen guten und vernünftigen Vorschlag.

Gleichzeitig muss das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge personell ausreichend ausgestattet werden. Dies ist auch im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart worden. Drittens müssen wir in Rheinland-Pfalz weiterhin den konsequenten Austausch mit den Kommunen suchen. Mit

den von SPD-Abgeordneten organisierten regionalen Flüchtlingskonferenzen wollen wir das Thema vor Ort stärker flankieren und gemeinsam nach Möglichkeiten und Lösungen suchen. Hinzu kommt, dass uns Themen wie Migration und Arbeitsmarkt, die Fachkräfte- und Breitbandstrategie sowie die wirtschaftliche Entwicklung beschäftigen.

Welche besonderen Vorhaben aus kommunaler Sicht siehst Du?

Wir müssen bei der Kommunal- und Verwaltungsreform vorankommen. Mir ist bei diesem großen, dauerhaften Strukturvorhaben wichtig, dass alle drei

Landtagsfraktionen an einem Strang ziehen. Zudem wollen wir gemeinsam mit den Grünen ein Gesetz beschließen, um Innenstädte wirtschaftlich und städtebaulich zu entwickeln. Die Kommunalverwaltungen sollen in die Lage versetzt werden, über eine Umlage oder Abgabe Quartiere und Stadtteile zu ertüchtigen.

Dieses Vorhaben unter dem Titel „Business Development Improvement“ haben uns Einzelhandel, Kammern und Verbände als großes Anliegen geschildert. Das werden wir zeitnah angehen.

Anzeige

Deutschland
kommunal

Für alle Fälle haben sie mit „Deutschland kommunal“ die richtige App.

Man muss nicht alles wissen, aber man muss wissen, wo man nachgucken kann.

Anschriften und Kontaktdaten von Bürgermeistern, Dezernenten, Fraktionsvorsitzenden und viele weitere kommunale Ansprechpartner finden Sie hier.

www.deutschlandkommunal.de



Edition DEMO



Nationalpark vom Landtag beschlossen

Wildromantisch, aber auch ökologisch wertvoll: der neue Nationalpark

Foto: Klaus Görg

Nicht nur die regierenden Parteien, auch die Bürgerinnen und Bürger haben sich für diese natürliche Form des Waldes entschlossen

Autor Hans Jürgen Noss

Rund drei Jahre dauerte der Weg von der Idee einen Nationalpark in Rheinland-Pfalz zu errichten bis zur Abstimmung im Landtag. Ein langer Weg, der nicht immer einfach war. Umso größer war die Freude in der Nationalparkregion, dass der rheinland-pfälzische Landtag in seiner Sitzung am 28. Januar 2015 mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Errichtung des Nationalparks Hunsrück – Hochwald beschlossen hat. Der Nationalpark umfasst nicht nur Gebiete in Rheinland-Pfalz, sondern auch Teile des Saarlandes und stellt sich damit als grenzüberschreitendes Projekt dar.

Während der saarländische Landtag dem erforderlichen Errichtungsbeschluss einstimmig

zustimmte, sprach sich die CDU-Fraktion, wie leider nicht anders zu erwarten war, gegen den Nationalpark aus. Etliche hauptamtliche und ehrenamtliche Bürgermeister und Kommunalpolitiker der Nationalparkregion, die verschiedenen politischen Parteien und Gruppierungen angehören, waren eigens zu diesem Tagesordnungspunkt nach Mainz gekommen um sich den Verlauf der Debatte anzuhören. Die Freude über den Beschluss des Landtags war natürlich groß. Genau so groß war aber auch das Unverständnis über die CDU, die den Nationalpark ablehnt, dabei hatte die Argumentation der Opposition mit der tatsächlichen Wirklichkeit nur sehr wenig gemein. Nicht die CDU in Gänze war und ist aber gegen den Nationalpark, son-

dern lediglich die Landes-CDU, die getreu ihrer Devise „alles was von der Regierung kommt, ist schlecht oder wird von uns schlecht geredet“ handelte.

Gegner CDU

Ich selbst habe der Landes-CDU im Landtag vorgeworfen, dass diese mit ihrem Nein zum Nationalpark, zur Natur und zur Entwicklung eines strukturschwachen Raumes eine ganze Region im Stich gelassen hat. Eine Region, die mit dem beispielhaften gemeinschaftlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger aus den verschiedensten politischen Richtungen und aus verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen mitgearbeitet hat um die Idee eines Nationalparks im Hunsrück und im Hochwald mit Inhalten und Perspektiven zu gestalten.

In vielen Arbeitsgruppen und Foren wurden zu verschiedenen Schwerpunkten Inhalte, Forderungen, Gestaltungsmöglichkeiten und deren praktische Umsetzungen diskutiert und formuliert. Diese Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden im März 2013 in einer öffentlichen Veranstaltung vorgestellt. Unter der Federführung des Naturparks Saar-Hunsrück erarbeiteten dann Arbeitskreise ein Eckpunktepapier, welches im Mai vorgestellt wurde. Es enthielt wichtige Hinweise zur Errichtung des Nationalparks, die in das Landeskonzept des Landes eingebaut wurden. Im September 2013 wurde dieses Konzept in Kirschweiler von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Umweltministerin Ulrike Höfken den 650 erschienenen Besuchern vorgestellt.

Die sich anschließende Abstimmung in den verschiedenen kommunalen Vertretungskörperschaften der Region erbrachte eine beeindruckende Mehrheit für den Nationalpark. Wobei unbedingt betont werden muss, dass das Abstimmungsverhalten vieler Räte von vorhergegangenen Bürgerbefragungen bestimmt war. Von den 98 Kommunen haben sich 81 an der Abstimmung beteiligt, von denen 66 mit Ja und nur 15 mit Nein abstimmten.

Der Bürger hat mit entschieden

Es gab natürlich nicht nur Befürworter des Nationalparks, sondern es gab auch Skepsis und Ablehnung. In vielen Informationsveranstaltungen, Bürgerversammlungen und Gesprächen konnten viele Fragen beantwortet und Skeptiker überzeugt werden. Die Bürgerbeteiligung war nicht nur eine leere Formel, sondern wurde tatsächlich mit Leben und Inhalten erfüllt, wie es bisher wohl nur sehr selten der Fall war.

Die Menschen in der Region haben ihre Chance erkannt. Sie versprechen sich von dem Nationalpark natürlich nicht nur den Schutz und die Bewahrung der Natur, sondern auch einige handfeste Verbesserungen der heimischen Infrastruktur, denn die Region stellt sich eher wirtschaftsschwach dar, was auch von einer äußerst negativen demografischen Entwicklung dokumentiert wird.

In die weitere Entwicklung und Planung des Nationalparks wird die Region fest eingebunden werden. Es gibt viel zu tun. Beispielhaft sollten hier genannt werden: die In Wertstellung

kulturhistorischer Bauten und der heimischen Geschichte, die Umsetzung eines tragfähigen Tourismuskonzeptes unter Beteiligung der Gastronomie, die Verbesserung der Infrastruktur sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Dabei ist den Menschen sehr wohl bewusst, dass es etwa 30 Jahre dauern wird, bis sich ein Nationalpark

Klaus Weichel wiedergewählt

Autor Hans Jürgen Noss

Der Kaiserslauterner Oberbürgermeister ist vor wenigen Wochen von den Wählerinnen und Wählern der Babarossastadt bereits im ersten Wahlgang als Oberbürgermeister wiedergewählt worden. Mit 53,6 Prozent der abgegebenen Stimmen ließ er seine beiden Gegenkandidaten klar hinter sich. Als Wermutstropfen muss man die geringe Wahlbeteiligung von lediglich 28,5 Prozent werten. Klaus Weichel betonte, dass diese geringe Wahlbeteiligung, besonders mit Blick auf künftige Wahlgänge, fraktions- und parteiintern aufgearbeitet werden müsse. Unabhängig hiervon hat sich die gute Arbeit, die Klaus Weichel in den letzten Jahren geleistet hat, ausgezahlt und die Bürgerinnen und Bürger überzeugt.

Mit seinem Wohnwagen, der als Wahlmobil diente, war er im ganzen Stadtgebiet unterwegs und präsent. Er hat dabei stets das Gespräch mit den Menschen gesucht; hat sich deren Meinungen angehört und diskutiert. Er hat seine Vorstellungen, wie die weitere Entwicklung der

tatsächlich gebildet hat und sichtbar ist. Dr. Ernst Theilen, ehemaliger Staatssekretär im Innenministerium in Mainz und Landrat des Landkreises Birkenfeld, den man als einen der Vordenker des Nationalparks bezeichnen kann, betont: „Die Natur in unserer Region hat den besonderen Schutz durch einen Nationalpark verdient. Wir

Bürger streben eine innovative Nachhaltigkeitsregion an, die in den Naturpark Saar-Hunsrück mit seinen zahlreichen kulturellen Attraktionen eingebettet ist. Das Land Rheinland-Pfalz kann sich mit diesem einzigartigen Konzept sehen lassen. Wir beschreiten gemeinsam neue Wege in der Bürgerbeteiligung und in der Regionalförderung.“

Stadt gestaltet werden sollte, dargelegt, was die Menschen offensichtlich überzeugte. Er ist schließlich der erste amtierende Kaiserslauterner Oberbürgermeister, dem es nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen ist, wiedergewählt zu werden.

Bürgermeister sind in RLP ganz vorn

Vermerkt werden sollte an dieser Stelle vielleicht noch, dass von den fünf Großstädten im Land vier von sozialdemokratischen Oberbürgermeistern ge-

führt werden, nämlich Mainz, Koblenz, Trier und Kaiserslautern. Was in der Tat zum Thema gemacht werden müsste, ist die bei allen Wahlen, aber besonders bei Urwahlen festzustellende geringe Wahlbeteiligung, die leider immer geringer wird.

Die gesamte SGK gratuliert Klaus Weichel ganz herzlich zu seiner Wiederwahl und wünscht ihm für seine weitere Arbeit als Oberbürgermeister der schönen Stadt Kaiserslautern auch für die Zukunft viel Glück und Erfolg.



Das Wahlmobil war ein gutes Kommunikationsmittel.

Foto: privat